

Hermann Höcherl

# Menschenrechte und Technik sind eng miteinander verbunden

Der Ingenieur in der politischen Verantwortung

**Es ist bedauerlich, daß Ingenieuren eine gewisse politische Enthaltensamkeit vorzuhalten ist. Diese Zurückhaltung ist um so unverständlicher, weil gerade die Ingenieure als einzige in der Lage sind, den Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Technik zu überblicken.**

Die in unserem Land weit verbreitete politische Enthaltensamkeit der Ingenieure ist eine Phänomen. Dieses Phänomen ist aber nicht ein Produkt der jüngsten deutschen Geschichte. Es reicht weit zurück in den historischen Raum. Im Spitzenbereich unserer politischen Verantwortlichen in der Bundesrepublik finden sich in zeitlicher Reihenfolge drei Ingenieure, Dr. Seeböhm und die Prof. Dr. Balke und Dr. Leising. Sonst tummeln sich wie gewohnt Juristen und in wachsender Zahl auch Volks- und Betriebswirte auf der politischen Spielwiese. Auch in den Mitgliederlisten der Parteien haben Ingenieure Seltenheitswert.

Dies ist nicht nur die ästhetische Abwendung des Ingenieurs vom Alltag des politischen Geschehens mit seinen zahlreichen Beispielen menschlichen Versagens und Fehlverhaltens. Diese Eigenschaften treffen vielmehr für alle Bezirke und Bereiche menschlichen Handelns zu, auch für die Mieter im elfenbeinernen Turm der Wissenschaft, die sich nicht immer der wissenschaftlichen Erkenntnis innewohnenden Ambivalenz bewußt sind, die sich aber wegen des hohen Ranges wissenschaftlicher Erkenntnisse gern selbst von menschlichen Unzulänglichkeiten freisprechen.

Der tiefere Grund dieser Prüderie hat ehrenhafte Ursachen, die sich aus der Arbeitsweise des Ingenieurs und der des Politikers ergeben. Wenn sich der Ingenieur um die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der Forschung oder aus der eigenen Werkstatt bemüht, bleibt er, wenn auch der Intuition bewußt oder unbewußt verhaftet, im Bereich des Exakten, des Meß- und Zählbaren.

Der Politiker, in der leider zunehmenden hauptberuflichen Aufgabe, aber auch alle, die noch honoris causa politisch tätig sind, haben es mit Normen, also Wertfragen und Steuerungsversuchen des menschlichen Bewußtseins zu tun. Diese entziehen sich nach herrschender Meinung angeblich nachprüfbarer wissenschaftlicher Untersuchung und sind als dynamische Prozesse zwar auf eine Statik angewiesen, eine Statik aber, die dauernder Anpassung bedarf.

Das politische Zölibat des Ingenieurs ist ein Paradoxon. So beklagt man sich im allgemeinen zu Recht über Mängel, die sich aus der neuen Hochschulgesetzgebung für die Ausbildung des Ingenieurs für die Zukunft ableiten. Erlaubt sein

muß in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Ingenieure alle politischen Einflußmöglichkeiten, vor allem eigenes Engagement aufgeben und wahrgenommen haben, um bei der politischen Planung in der Ingenieurausbildung eine zukunfts-gerechte Ausbildungsregel durchzusetzen. Dieser etwas leichtgewichtige Beweis hat sicher nur den Charakter eines Indiz.

Eine friedliche Alternative einer denkbaren Ordnungskategorie ist die Technik des Verkehrswesens.

Das Arsenal der Kriegstechnik als Instrument für den politischen Machtkampf (im Sinne von Clausewitz) offenbart den eminenten politischen Stellenwert von Ingenieurleistungen. Es ist dabei nicht wichtig, ob diese Rolle akzeptiert, verstanden und gewollt ist.

Die Bandbreite dieser Entwicklung vom Rad zur Raumfahrt ist allgemein bekannt. Was sich in dieser weltumspannenden Verkehrser-schließung an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Implikationen verbirgt, kann in seinen Dimensionen nicht überschätzt werden. Diese wiederum kontinent-übergreifenden Daten herausragender Ingenieurleistungen stellen jede national angelegte Politik noch mehr ins historische Abseits.

Einen Kulminationspunkt mit politischer Wirkung ist im Bereich der Nachrichtentechnik zu erkennen, die als Medium unbegrenzter Informationsübertragungen unser Bewußtsein in den Bann schlägt. Trotz aller ideologischer Verbissenheit wird sich der zensurfreien elektronischen Bestrahlung auf die Dauer kein politisches System entziehen können. Die Welt wurde klein und einschaubar. Die Abwehrformel „Nichteinmischung“, hinter der sich von alters her alle Verletzungen der Menschenrechte verstecken konnten, ist mit Hilfe der Technik obsolet geworden. Weder Hitler noch Stalin könnten bei der technisch möglich gewordenen grenzüberschreitenden Durchsichtigkeit nicht mehr im gleichen Maße ihre Gewalttaten verüben. Freiheitsberaubung, Vertreibung und Folterungen werden vor das Forum der Weltöffentlichkeit gezerrt und an den Pranger gestellt. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Menschenrechte mit der Technik in ein existentielles Bündnis eingetreten sind.

Welch vernünftige Gründe gibt es also für den Ingenieur angesichts dieser Situation, sich der aktiven politischen Mitwirkung im Einsatz des von ihm geschaffenen Instrumentariums zu verweigern? Schon die inhärente Möglichkeit aller

technischer Errungenschaften, über böartigen Gebrauch ins Schädliche abzugleiten, müßte die Bereitschaft, wenn nicht die Verpflichtung zur Folge haben, daß der Schöpfer sein gefährdetes System nicht den Fahrlässigkeiten des menschlichen Charakters aussetzt. Sind doch die Ingenieure die einzigen, die die Ambivalenz von Wissenschaft und Technik zu überschauen vermögen. ■